
Gemeinderat

Protokoll des Gemeinderates Zuchwil

9. Sitzung vom Donnerstag, 16. Dezember 2021, 19:00 bis 20:30 Uhr, im Lindensaal

Vorsitz	Marti Patrick, Gemeindepräsident
Protokoll	Schnyder Andrea, Gemeindeschreiberin
Anwesend	Fischli-Hof Eva Maria, Galantino Marco, Loosli Noe, Mühlemann Vescovi Tamara, Racine Melanie, Renda-Weber Melanie, Studer Benjamin, Unold Jäggi Regine, Weyeneth Philippe
Entschuldigt	Grolimund Daniel und Rüsics Carlo (sowie Ersatzmitglied Markus Mottet)
Gäste	- - -
Presse	Byland Urs, Solothurner Zeitung
Berichterstatte	Marti Michael, Leiter Abteilung EinwohnerdiensteFinanzen zu den Traktanden 3 und 4

Traktanden

- 1 Protokoll Nr. 8 vom 02. Dezember 2021 und
Protokollauszug GV, Traktandum Traglufthalle - Genehmigung Bauabrechnung
- 2 Mitteilungen
- 3 IKS Internes Kontrollsystem Beschluss-Nr. 57
- 4 Kündigung KMS AG Nest-Steuern / Kanton Solothurn Einheitsbezug
- 5 Pikett Wiedererwägungsantrag Beschluss-Nr. 58

- 6 Legislaturziele 2021-2025
- 7 Familienergänzende Kinderbetreuungsstrukturen - Meinungsbildungsprozess
- 8 Umfrage, Pendenzen (vertraulich)

EINWOHNERGEMEINDE ZUCHWIL
Der Gemeindepräsident Die Gemeindeschreiberin

Patrick Marti

Andrea Schnyder

Gemeindepräsident Patrick Marti begrüsst die Ratsmitglieder zur Jahresschluss-Sitzung. Er entschuldigt die berufsbedingte Abwesenheit von Vizegemeindepräsident Daniel Grolimund, Mitte und begrüsst an dessen Stelle Melanie Renda-Weber. Wegen einer familiären Angelegenheit musste Carlo Rüsics, SVP kurzfristig seine Teilnahme entschuldigen. Entschuldigen musste sich auch das Ersatzmitglied Markus Mottet, SVP.

Patrick Marti stellt die vorliegende Traktandenliste zur Diskussion.

Traktandum 1 wird ergänzt mit drei weiteren Protokollauszügen. Aus Aktualitätsgründen wird das Traktandum «Mitteilungen» um eine Information zum Weihnachts-Wunschbaum ergänzt. Unter Berücksichtigung der Nachträge wird die Traktandenliste genehmigt. ://:

Protokoll Nr. 8 vom 2. Dezember 2021

Das von Patrick Marti zur Diskussion gestellte Protokoll wird einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt. ://:

Protokollauszüge aus der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2021

Damit vor Jahresende noch vordringliche Beschlussfassungen aus der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2021 vollzogen werden können, liegen dem Gemeinderat in einem ersten Schritt bereits die Protokollauszüge zu den Traktanden Strom Reglement über den Anschluss an das elektrische Verteilnetz der Gemeinde, Teilrevision Feuerwehreglement Paragraph 17, Anpassung Dienst- und Gehaltsordnung DGO sowie zur Genehmigung der Bauabrechnung zur Erneuerung des Freibades vor.

Patrick Marti stellt die vorerwähnten Protokollauszüge Nrn. 72, 76, 77 und 78 einzeln zur Diskussion. Da die Auszüge zum Teil nur kurzfristig aufgeschaltet werden konnten, räumt Patrick Marti den Gemeinderatsmitgliedern Zeit ein, um die projizierten Protokollauszüge durchzulesen.

Alle vier Protokollauszüge werden im Einzelnen einstimmig genehmigt. ://:

Das vollständige Protokoll der Gemeindeversammlung wird gemäss § 40 Abs. 3 GO dem Gemeinderat an einer seiner nächsten Sitzungen zur Genehmigung vorgelegt.

Mitteilungen

Den Gemeinderatsmitgliedern liegen folgende Dokumente vor:

- Aktualisierte Übersicht des Gemeinderates, der Kommissionen und aller Funktionärinnen und Funktionäre (Stand 1. Dezember 2021)
 - Jahresbericht der Sozialkommission Zuchwil-Luterbach vom 6. Dezember 2021, erstellt durch den Kommissionspräsidenten Hans Peter Schläfli. Der Jahresbericht wird dann auch im Geschäftsbericht 2021 der Einwohnergemeinde Zuchwil zu finden sein.
-

- Präsentation des Rechenschaftsberichts vom 8. Dezember 2021 zum Reporting der Leistungsvereinbarung 2018-2021 in Papierform, erstellt durch Barbara Moris, Pädagogische Sachbearbeiterin/Fachperson für Qualitätssicherung beim Volksschulamt des Kantons Solothurn
- Inseratetext für die Nachfolge von Peter Baumann als Leiter oder Leiterin der Abteilung Bau und Planung
- E-Mail vom 5. Dezember 2021 von Regula Schneider, Biberst, in welcher diese lobende Worte für die schön geschmückten Weihnachtsbäume vor dem Gemeindehaus und im Kreisel in Zuchwil findet.
- Medienmitteilung zur Benennung der Eishalle in «RegiobankArena», veröffentlicht in der Solothurner Zeitung am 14. Dezember 2021.
- Medienmitteilung zum Thema «Sportunterricht der Berufsschule Solothurn ab August 2023 neu im Sportzentrum Zuchwil statt im CIS», veröffentlicht in der Solothurner Zeitung am 15. Dezember 2021.

Tamara Mühlemann Vescovi stellt eine Anschlussfrage zum Behandlungsverlauf im oben erwähnten Reporting der Schulen. Da das Reporting als „Mitteilung“ traktandiert ist, stellt sich ihr die Frage, ob der Bericht inhaltlich im Gemeinderat bereits thematisiert wurde.

Patrick Marti informiert, dass das Reporting inklusive Qualitätssicherung an der Gemeinderatssitzung vom 4. November 2021 durch die Zuständigen der Schule präsentiert wurde. Anschliessend wurde die Berichterstattung mit der kantonalen Amtsstelle besprochen, welche von der Historie her noch die eine oder andere zusätzliche Folie ins Reporting integriert und den Bericht vertieft angeschaut und fachlich untermauert hat.

Patrick Marti informiert über das weitere Vorgehen in der Leistungsvereinbarung mit dem KIJUZU. An der anstehenden Klausurtagung wird sich die Arbeitsgruppe „Leistungsvereinbarung KIJUZU“ intensiv mit der Vereinbarung auseinandersetzen. Stiftungsratspräsident Stephan Hug hat gegenüber Patrick Marti geäussert, dass er froh wäre, wenn er zwecks Vorbereitung der Klausurtagung bis Mitte Februar 2022 die Rückmeldungen aus den Fraktionen hätte. Die Fraktionen wurden ersucht, ihre Rückmeldungen und konkreten Fragestellungen zur Leistungsvereinbarung bis Freitag, 14. Januar 2022 an das Behördensekretariat zuhanden der Arbeitsgruppe einzureichen.

Die Einsetzung und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe KIJUZU wird dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. ://:

Von der SP-Fraktion stellt sich Christof Liechti für eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Verfügung. Von der Grünen-Fraktion geht keine Nomination ein.

Patrick Marti bringt seine Freude über den in jeder Hinsicht guten Verlauf der Gemeindeversammlung von Montag, 13. Dezember 2021 zum Ausdruck. Er spricht von einem Vertrauensbeweis gegenüber dem Gemeinderat und der Anerkennung für die innert relativ kurzer Zeit geleistete Arbeit.

Melanie Renda-Weber informiert über den E-Mail-Wechsel zwischen Patrick Marti und ihr vom 13./15. Dezember 2021. Die Mitte-Fraktion und Mitte-Partei wird auch im zu Ende gehenden Jahr auf dem Gemeindeplatz einen Wunschbaum aufstellen.

Zusätzlich haben die Verantwortlichen in diesem Jahr Rückmeldungen aus der Bevölkerung eingeholt. Dementsprechend wird, ebenfalls in Absprache mit dem Gemeindepräsidenten, ein Briefkasten aufgestellt, in dem die Bevölkerung ihre Wünsche und Anliegen an den Gemeinderat und an die Gemeinde herantragen können. Diese werden anschliessend auch am Weihnachtsbaum aufgehängt. Dabei soll sichtbar gemacht werden, dass es sich um Feedbacks aus der breiten Bevölkerung handelt und es nicht Bedürfnisse des Gemeinderates sind.

Im gleichen Zeitraum werden die Initiantinnen und Initianten noch eine weitere Aktion starten, die aber noch unter Verschluss bleiben soll. Melanie Renda-Weber unterstreicht, dass sowohl der Wunschbaum als auch die anderen Aktivitäten neutral und anonym gestaltet werden. Um sich nicht gegenseitig zu konkurrenzieren, erkundigt sich Melanie Renda-Weber im Rat, ob jemand von weiteren zeitgleichen Veranstaltungen Kenntnis hat oder selbst welche plant. Die Frage wird im Rat mit Stillschweigen verneint.

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

://:

Beschluss-Nr. 57 – Internes Kontrollsystem – Einsetzung einer «Arbeitsgruppe IKS»

AUSGANGSLAGE

Das interne Kontrollsystem (IKS) ist seit 2016 im Gemeindegesetz (GG) verankert. In der Zwischenzeit hat sich das interne Kontrollsystem beim Kanton weiterentwickelt und auf den 1.1.2023 sind die Gemeinden verpflichtet das IKS einzuführen. Die gesetzlichen Grundlagen sind im GG wie folgt beschrieben:



Gesetzliche Grundlage Gemeindegesetz (GG)

▪ **§ 135^{bis} - Internes Kontrollsystem**

1 Das interne Kontrollsystem umfasst regulatorische, organisatorische und technische Massnahmen.

2 Der Gemeinderat trifft die notwendigen Massnahmen, um das Vermögen zu schützen, die zweckmässige Verwendung der Mittel sicherzustellen, Fehler und Unregelmässigkeiten bei der Buchführung zu verhindern sowie die Ordnungsmässigkeit der Rechnungslegung und die verlässliche Berichterstattung zu gewährleisten.

3 Er berücksichtigt dabei die Risikolage, das Kosten-/Nutzenverhältnis und die Gemeindegrosse.

Die Zielsetzungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zielsetzungen

- § 135 bis Abs. 2 GG
- Gemeindevermögen schützen
- Ordnungsmässigkeit der Rechnungslegung gewährleisten
- Gesetze, Normen und Reglemente einhalten
- Informationsfluss verbessern
- Effektivität und Effizienz von Prozessen sicherstellen
- Berichterstattung über das IKS

Die Verantwortlichkeiten sind in der Gemeindeordnung (GO) zu verankern, was bei der letzten Überarbeitung der GO erfolgte (GO: Paragraph 92bis Absatz 1+4). Hier ein Auszug aus dem GG:

Verantwortlichkeiten (1)

- Gemeindeversammlung
 - IKS ist in der GO zu verankern

6. Finanzhaushalt

6.1. Internes Kontrollsystem

§ 135^{bis} GG

§ ...

¹ Das interne Kontrollsystem umfasst regulatorische, organisatorische und technische Massnahmen.

² Der Gemeinderat regelt die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems in einem Verwaltungsreglement.

Die Verantwortung für die Umsetzung des IKS liegt beim Gemeinderat. Zusätzlich ist ein IKS Beauftragter zu definieren und das Rechnungsprüfungsorgan (RPO). Das Amt für Gemeinden (AGEM) hat die Oberaufsicht.

Verantwortlichkeiten (2)

- Gemeinderat
 - Verantwortung für die Umsetzung des IKS
- IKS-Beauftragter
 - Ausschuss
 - Ressortverantwortlicher Gemeinderat
 - Mitarbeiter
- RPO
 - RPK oder externe Revisionsstelle
- AGEM Oberaufsicht

Als Grundlage hat das AGEM einen Katalog der IKS Bereiche erstellt (Kantonales Inventar). Das kantonale Inventar ist in 9 IKS Bereiche mit Unterstufen gegliedert. Aufgrund der Bevölkerungszahl der Einwohnergemeinde Zuchwil müssen wir bei allen Bereichen das IKS durchführen. Als Grundlage für das IKS ist ein Verwaltungsreglement zu erstellen:

Verwaltungsreglement (1)

- 1 Grundlage
 - § 135 bis GG
 - Ausführungsbestimmungen gemäss HBO, Kapitel 25
- 2 Ziele
 - Das IKS ist Teil des Risikomanagements der Gemeinde
 - Kostengünstige Umsetzung
- 3 Umfang und Einführung
 - Erwähnung der definierten Hauptbereiche
- 4 Verantwortlichkeiten
 - Der Gemeinderat trägt die Gesamtverantwortung
 - Als IKS-Beauftragter wird der Gemeindeverwalter bestimmt
- 5 Berichterstattung
 - Der IKS-Beauftragte erstellt mindestens jährlich einen Bericht
 - Der Gemeinderat nimmt diesen jährlich zur Kenntnis
 - Die RPO erhält den Bericht zur Kenntnisnahme
- 6 Inkrafttreten

In jedem IKS-Bereich sind die Risiken zu erkennen und zu bewerten. Zusätzlich sind die Kontrollmassnahmen zu bestimmen. Über das IKS findet jährlich eine Berichterstattung an Gemeinderat statt. Wobei das Rechnungsprüfungsorgan einen Bestätigungsbericht erstellt.

ERWÄGUNGEN

Es hat ein erstes Webinar mit dem AGEM stattgefunden. Nebst den gesetzlichen Rahmenbedingungen und des Projektplans, wurden die ICT-Applikationen von Pilotgemeinden präsentiert. Auch das AGEM stellt ein Tool in Excelform zur Verfügung. Der Leiter EinwohnerdiensteFinanzen (EF) hat das Exceltool geprüft, weil es keine Kosten verursachen würde.

Zusätzlich fanden Gespräche zwischen dem Leiter EF und den Pilotgemeinden statt. Niemand von Pilotgemeinden hat das Excel im Einsatz, da es vor allem für Kleinstgemeinden nützlich ist. Der Leiter EF hat sich aufgrund der Komplexität und der Berichterstattung gegen das kostenlose Exceltool entschieden und will die Lösung swissIKS einführen. Die Einwohnergemeinde Selzach hat es bereits im Einsatz. Das Hauptargument lag hauptsächlich darin, dass der Vertrieb und die Beratung durch die BDO wahrgenommen werden. Der Leiter EF erhofft sich durch den Einsatz der BDO einen Synergieeffekt, da die BDO die Einwohnergemeinde in verschiedenen Projekten bereits begleitete und ihre Erfahrungen einbringen kann. Schlussendlich ist die BDO unsere Revisionsstelle und wir dadurch für den Bestätigungsbericht zuständig sein.

Der Leiter EF hat sich als IKS Beauftragter zur Verfügung gestellt. Gemäss BDO braucht es im Projektteam bzw. in der «Arbeitsgruppe IKS» den Leiter Finanzen und den Leiter Bau und Planung, sowie 2-3 Gemeinderäte, die evtl. bereits Berührungspunkte mit IKS haben.

Im Q1 2022 sind 2 Workshops geplant. Danach erfolgen der Aufbau und die Einführung, sowie der Abschluss und die Implementierung. Die AG IKS wird vor allem in den 2 Workshops tätig sein. Unser Ziel ist es das Projekt bis am 31.08.2022 abzuschliessen.

AUSWIRKUNGEN

In der Offerte der BDO (siehe Beilage) sind CHF 12'000.— für die Beratung und wiederkehrende Applikationskosten von CHF 5'900.-- offeriert.

Die Kosten sind im Budget 2022 budgetiert.

ANTRAG

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen IKS zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat wählt folgende Personen in die Arbeitsgruppe IKS:
 - Michael Marti (Leiter EinwohnerdiensteFinanzen)
 - Peter Baumann (Leiter Bau und Planung)
 -(Gemeinderat)
 -(Gemeinderat)
 - Evtl.....(Gemeinderat)

DETAILBERATUNG

Per 1. Januar 2023 sind die Gemeinden verpflichtet, ein internes Kontrollsystem, kurz IKS einzuführen. **Michael Marti** schildert den vorliegenden Beschlussesantrag, unterlegt mit einer PPP. Michael Marti gibt sich eher skeptisch was das IKS anbelangt, da solche Systeme auch als Papiertiger betitelt werden können. Trotzdem ist er der Meinung, dass in diese Richtung etwas gemacht werden muss. Das Amt für Gemeinden AGEM hat für das IKS eine Excel-Lösung entwickelt. Michael Marti hat die AGEM-Lösung sowie das Tool der BDO kritisch angeschaut und einander gegenübergestellt. Dabei ist er zum Schluss gekommen, dass das Tool der BDO, eine externe Beratung, Workshop etc. für Zuchwil als fünftgrösste Gemeinde im Kanton die beste und richtige Lösung ist.

Michael Marti zeigt die Folienpräsentation, in welcher die einzelnen Prozesse abgebildet sowie die Phasen beschrieben und «to do-Empfehlungen für die Gemeinden» aufgelistet sind.

Die Gemeindeordnung wurde im Zuge der Revision mit dem Artikel 92^{bis} Absatz 1 und 4 bereits entsprechend angepasst. In der jetzigen Phase geht es um die Risikoerkennung und Bewertung, in der nächsten Phase wird der Umfang bestimmt. Aufgrund der Gemeindegrösse ist Zuchwil verpflichtet, alle Hauptbereiche und Schritte durchzuführen. Für ein Verwaltungsreglement existiert eine Mustervorlage, sodass ein solches relativ zügig erstellt sein dürfte.

Die Gesamtverantwortung für das interne Kontrollsystem obliegt dem Gemeinderat. Daher ist es folgerichtig, dass in der Arbeitsgruppe auch Gemeinderatsmitglieder Einsitz haben. Von Seiten Verwaltung ist die klare Vorgabe die, dass der Leiter Einwohnerdienste/Finanzen und der Leiter Abteilung Bau und Planung in der Arbeitsgruppe Einsitz haben. Eine Erhebung hat gezeigt, dass der Bau- und Planungsbereich am risikofälligsten ist.

Patrick Marti, der als Gemeindepräsident für eine Einsitznahme in der Arbeitsgruppe gegeben ist, erfragt im Gemeinderat nach Nominierungen für die Arbeitsgruppe.

Regine Unold Jäggi: Die SP-Fraktion nominiert Patrick Marti für die Einsitznahme in der Arbeitsgruppe.

Philippe Weyeneth: Die FDP-Fraktion nominiert Thomas Rüeger zur Einsitznahme in der Arbeitsgruppe.

Marco Galantino: Die Mitte-Fraktion begrüsst das Vorgehen grundsätzlich, ebenso die Einsitznahme des Gemeindepräsidenten in der Arbeitsgruppe und die Begleitung und Beratung durch die BDO. Der Mitte-Fraktion hat sich aber die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn noch jemand anderer aus der Verwaltung mitarbeiten würde.

Die Mitte-Fraktion nominiert niemanden aus ihren Reihen in die Arbeitsgruppe.

Aus der kleinen, schlagkräftigen Arbeitsgruppe IKS heraus wird der Gemeinderat laufend über das Projekt informiert werden.

BESCHLUSS; einstimmig, bei eigener Enthaltung von Patrick Marti

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zum IKS zur Kenntnis und wählt Patrick Marti, Gemeindepräsident, Thomas Rüeger sowie Michael Marti in Personalunion als Leiter Einwohnerdienste/Finanzen und IKS-Beauftragter und Peter Baumann, Leiter Abteilung Bau und Planung in die Arbeitsgruppe IKS.

Infotraktandum: Kündigung Firma KMS Software Nest-Steuern

AUSGANGSLAGE

Am 17.11.2021 erhielten wir die Kündigung der Firma KMS (siehe Beilage) für unsere Steuerlösung (NEST-Steuern) auf den 31.12.2023. Wie aus dem Schreiben der KMS zu entnehmen ist, wollen sie die neue Software Generation nicht mehr auf lokale Bedürfnisse anpassen. Immerhin wird die Software mit einer Übergangszeit bis zum 31.12.2025 gewährleistet.

Nur ein paar Tage später erhalten wir vom Steueramt des Kantons einen Brief für den Einheitsbezug (siehe Beilage), das heisst der Bezug der Gemeindesteuern sowie der Inkassoprozess bis hin zur Verlustscheinbewirtschaftung als Dienstleistung gegen eine Fallpauschale anzubieten.

Ein weiteres Schreiben von Talus (unser Software- und Rechenzentrum Anbieter) am 23.11.2021 informiert uns über die weiteren Schritte von Talus und die Evaluation nach Lösungsmöglichkeiten.

Hinweis:

Die Kündigung betrifft weitere 11 Nest-Gemeinden im Kanton Solothurn.

ERWÄGUNGEN

Das Infotraktandum hat nicht die Erwartung und das Ziel eines politischen Vorstosses des Gemeinderates, sondern der Leiter Einwohnerdienste/Finanzen will den Gemeinderat über die möglichen organisatorischen und personellen Konsequenzen informieren.

Betrachten wir den Einheitsbezug rein betriebswirtschaftlich kann man zum Schluss kommen, dass der Einheitsbezug für die Bevölkerung einfacher ist und möglicherweise «günstiger» angeboten werden kann.

Jedoch gibt es dabei zu beachten, welche Kernaufgaben die Einwohnergemeinde Zuchwil als Dienstleistungszentrum aus der Hand geben will. Was ist uns schlussendlich die «direkte» Kundendienstleistung Wert?

Der Leiter EF hat sich folgende Vor- und Nachteile notiert (nicht abschliessend, Entwurf):

Vorteile:

- Auslagerung des ganzen Prozesses vom Bezug bis ins Inkasso = Einwohner erhält eine Rechnung und evtl. eine Bezugsperson
- «günstiger»? EGZ zahlt Pauschale. Höhe der Pauschale offen. Wenn es analog der juristischen Personen läuft, wird es evtl. nicht günstiger. Erfolgsrate Inkasso?
- Keine neue Evaluation und Migration Software

Nachteile:

- «Dienstleistungszentrum» verlagert Dienstleistung zum Kanton und verliert die Kundennähe. EGZ gibt keine Auskunft mehr über Steuern in der Gemeinde. Kundenbetreuung fällt weg. Mahnungen und Beteiligungen werden ohne weitere Gespräche ausgelöst.
- Gemeindeautonomie geht verloren.
- Wir sind lediglich nur Empfänger der Daten analog Quellensteuer.
- «Personalabbau»? Einfluss in die Steuern und Finanzen sowie Lehrlingswesen.
- Inkasso geht verloren, geht auch Geld verloren? Wir sind näher am Kunden.
- Liquiditätsmanagement? Wann fließen die Einnahmen?

Weiteres Vorgehen / Aktionsplan Leiter EF

- 17.11. + 22.11.2021: Einzelgesprächen mit den Betroffenen geführt.
- 17.11.2021: Rückmeldung Mail von Leiter EF an KMS
- 22.11.2021: Kontaktaufnahme mit den Gemeinden Biberist und Derendingen
- 23.11.2021: Information an ICT-AG Sitzung
- 26.11.2021: mündlicher Austausch R. Dettling (Finanzen Klus Balsthal) P. Arnone (Steuern)
- 30.11.2021: Meeting Finanzen Auslegeordnung, Einfluss Stellenprozente
- 1.12.2021: Information an Kadersitzung
- 2.12.2021: Information an Teammeeting EF inkl. GP
- 16.12.2021: Info an GR
- Januar 2022: ERFA Nest-Gemeinden evtl. inkl. Talus
- Januar 2022: Fachgruppe Steuern Kt. SO.
- Q1 2022: Infoveranstaltung Kanton SO.

AUSWIRKUNGEN

Einfluss Finanzen/Steuern:

- Abbau Stellen Steuern ca. 180%, Stellen Finanzen = 70% Total ca. 250%
- Steuern kein Lehrling mehr. Lehrling Finanzen muss weiter Aufgaben erhalten, damit er ausgelastet ist.

Risiko Organisation

- Entscheid der Politik welche Lösungsmöglichkeit durchgeführt wird, geht zu lange
- Ängste des Personals bezüglich Stellenabbaus. Das Personal wird sich aktiv auf dem Stellenmarkt umsehen.
- Zukünftige oder Ersatz Stellenbesetzungen nur befristet anstellen.
- Sicherstellung des Dienstes bei Übergabe Kanton

DETAILBERATUNG

Nachdem die Anbieterin der Software Steuerlösung „Nest-Steuern“, die KMS Gemeinde AG mit Schreiben vom 27. November 2021 auch die Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Zuchwil gekündigt hat, hat das kantonale Steueramt das Dienstleistungsangebot unterbreitet, zu einer Fallpauschale den Bezug der Gemeindesteuern sowie den Inkassoprozess bis hin zur Verlustscheinbewirtschaftung zu übernehmen.

Michael Marti, Leiter Abteilung Einwohnerdienste/Finanzen schickt voraus, wonach es darum geht, dass der Gemeinderat aus erster Hand und transparent darüber informiert ist, was in der Verwaltung, im Personalwesen zurzeit bewegt und beschäftigt. Auch wenn es in gegenständlicher Angelegenheit noch nicht fünf vor zwölf ist, hat die Information bei den betroffenen Personen verständlicherweise Verunsicherungen und Ängste ausgelöst. Von der Neuausrichtung ist insbesondere das im Bereich Finanzen integrierte Steuerwesen und das gesamte Lehrlingswesen betroffen. Die Rede ist von ca. 250 Stellenprozenten. Im Gespräch mit den betroffenen Mitarbeitenden musste Michael Marti vernehmen, dass einzelne Mitarbeiterinnen nicht zuwarten und proaktiv auf Stellensuche gehen. Erste Zwischenzeugnisse wurden bereits ausgestellt. An dieser Stelle informiert Michael Marti, dass ein Mitarbeiter aus dem Bereich Finanzen, Steuern sich frühzeitig pensionieren lässt und per Ende Dezember 2021 die Kündigung eingereicht hat. Die mittelfristig neue Organisation gilt es bei Stellenbesetzungen zu berücksichtigen. Denkbar sind auf 1 bis 2 Jahre befristete Anstellungen.

Von der Kündigung durch die KMS sind noch 10 weitere Gemeinden betroffen, darunter vermutlich nicht nur Kleinstgemeinden. Michael Marti steht auch in Kontakt mit den grösseren Gemeinden, die sich ebenfalls Gedanken machen müssen, wie sie sich politisch und organisatorisch aufstellen wollen.

Michael Marti wurde rund 3 Wochen bevor das Kündigungsschreiben der KMS in Zuchwil eingetroffen ist von Talus über die Neuerung informiert. Dies ermöglichte es Michael Marti, sich bereits im Vorfeld Gedanken über das wie weiter zu machen und verschiedenste Kontakte herzustellen. Er analysierte, was die Vertragsauflösung der KMS Gemeinden AG für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bereiche Finanzen und Steuern bedeutet und wie sie sich auf die Organisation und Zusammenarbeit mit der IT-Partnerin Talus auswirkt.

Vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen ist der Einheitsbezug zweifelsohne sinnvoll. Den Einheitsbezug kennen u.a. die Kantone Basel-Land, Luzern oder Bern.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche Dienstleistungen wollen wir in der Gemeinde, im Dienstleistungszentrum (in Zukunft) anbieten? Wie bürgernah wollen wir (in Zukunft) sein? Wenn der Bezug der Gemeindesteuern und der Inkassoprozess durch den Kanton übernommen werden, wird es im DLZ im Bereich Finanzen, Steuern keine Betreuung und kein Inkasso mehr geben.

Michael Marti macht darauf aufmerksam, dass die Kennzahlen noch hinterlegt und das Geschäft neutral angeschaut werden muss. Es stehen Überlegungen im Raum, ob aus dem Gesamtpaket vielleicht gewisse Elemente herausgenommen und nach wie vor vor Ort abgewickelt werden können und der Einheitsbezug dann durch den Kanton bewerkstelligt werden kann. Im Weiteren stellt sich Michael Marti vor, mit den 10 anderen betroffenen Gemeinden einen Workshop durch-

zuführen. Er mutmasst, dass die kleineren Gemeinden auf den Zug springen könnten, während die grösseren Gemeinden der Kantonslösung eher skeptisch gegenüberstehen werden.

Philippe Weyeneth: Die FDP-Fraktion unterstützt die Ausführungen von Michael Marti klar. Unter dem betriebswirtschaftlichen Aspekt muss der gesamte Prozess, vom Bezug bis zum Inkasso, an den Kanton abgegeben werden.

Mit Befremden hat die FDP-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass der Kanton innert kürzester Zeit einen Vorschlag unterbreitet. Das wünschte man sich manchmal auch in anderen Belangen. Das Vorgehen lässt ein abgekartetes Spiel im Hintergrund vermuten. Nichtsdestotrotz ist ein Augenmerk auf die Kosten zu werfen. Es muss davon ausgegangen werden, dass das Angebot des Kantons für die Gemeinden nicht kostenlos sein wird. Auf der anderen Seite wäre auch interessant zu wissen, welche Einflussmöglichkeiten wir von Seiten Einwohnergemeinde Zuchwil haben und welche Kosten auf die Gemeinde(n) zukommen werden. Der Stellungnahme, ob und wenn ja, welche Pakete an den Kanton abgegeben und welche weiterhin im Dienstleistungszentrum erledigt werden können/sollen, sieht die FDP-Fraktion mit Interesse entgegen. Die Bürgernähe, das Dienstleistungszentrum ist wichtig und steht im Fokus. Auf der anderen Seite müssen die administrativen Aufgaben und Abläufe vereinfacht werden. Betriebswirtschaftlich muss der gesamte Prozess an den Kanton abgegeben werden, aber mit der vorgenannten Option lassen wir uns noch eine Türe offen.

Marco Galantino: Die Mitte-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass das Steuerwesen Sache der Gemeinde ist und nicht an den Kanton ausgelagert werden soll. Zuchwil hat ein kompetentes Team, fachlich versierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und funktionierende Abläufe. Marco Galantino findet es wichtig, dass diese Wertschätzung und Anerkennung an die Teammitglieder weitergeleitet wird. Die Mitte-Fraktion hat Bedenken, dass der Effort, den das bestehende Gemeindeteam leistet, durch den Kanton in diesem Ausmass und von dieser Qualität nicht konsequent übernommen werden könnte.

Unter Bezugnahme auf das Schreiben von Talus soll sobald im Verlauf des ersten Quartals 2022 Lösungsansätze beziehungsweise das weitere Vorgehen bekannt ist, dieses schnellstmöglich dem Gemeinderat rückgekoppelt werden, auch um den betroffenen Mitarbeiterinnen Sicherheit und allenfalls „Entwarnung“ geben zu können. ://:

Regine Unold Jäggi: Die SP-Fraktion schliesst sich dem Votum der Mitte-Fraktion an. Auch die SP-Fraktion spricht sich für den Verbleib des Steuerwesens in der Gemeinde aus. Sie erachtet es für wichtig, dass die Bevölkerung vor Ort Ansprechpersonen hat. Regine Unold Jäggi wirft die Frage in den Raum, ob der Kanton denn auch über die Ressourcen für den Einbezug verfügen würde. Das von KMS und Kanton gewählte Vorgehen wurde auch von der SP-Fraktion mit Befremden aufgenommen. Die SP-Fraktion sieht den weiteren Neuigkeiten mit Spannung entgegen. Sie will das bestmögliche sowohl für Zuchwil als auch für den Bereich Finanzen mit dem Steuerwesen herausholen und die Arbeitsplätze erhalten.

Benjamin Studer ist gegenüber einer Auslagerung an den Kanton auch eher skeptisch eingestellt. Das Angebot des Kantons kann für kleinere, weniger professionell aufgestellte Gemeinden ein Vorteil und von Interesse sein. Zuchwil hingegen mit seiner starken Verwaltung und den rund 9'000 Einwohnerinnen und Einwohnern kann es sich leisten, näher an der Bevölkerung zu sein.

Wenn man sich bei Steuerfragen an die Gemeinde wenden kann und dort kompetent und bereitwillig Auskunft bekommt, dann ist das bürgerfreundlich.

Natürlich ist es aber auch vorteilhaft, wenn alles gebündelt beim Kanton wäre. Benjamin Studer ist im Moment eher skeptisch und würde den Einkauf der Dienstleistung des Kantons heute nicht unterschriftlich besiegeln.

Melanie Racine hat das Geschäft aus der Optik als Jungbürgerin angeschaut. Persönlich findet sie es gut, vor Ort eine Anlaufstelle und eine Ansprechperson zu haben. Andererseits wäre es sicher einfacher und der administrative Aufwand weniger, wenn alles einheitlich aus einem Guss kommt - eine einzige Rechnung von einer einzigen Stelle. Die Einfachheit sollte der richtige Weg sein. Ideal wäre, wenn sich eine Mittellösung finden liesse.

Michael Marti dankt für die Würdigung und Wertschätzung, die er nur allzu gerne an sein Team weiterleiten wird. Auch die kürzlich stattgefundenen Zwischenrevision, mit der Steuerbuchhaltung, dem Mahn- und Inkassowesen als Schwerpunkt, hat in den Bereichen eine sehr gute Arbeit attestiert.

Patrick Marti hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Kündigung durch die KMS und dem Angebot des Kantons an einer Teamsitzung der AEF teilgenommen. Dabei hat er offengelegt, dass ihm persönlich die Bürgernähe am Herzen liegt und Optimierungspotential geprüft werden soll.

Der von den Akteuren relativ schnell ins Wasser geworfene Stein wirft hohe Wellen auf. Wenn man als eine von den 11 Gemeinden betroffen ist, dann ist das relativ bedeutungsvoll. Aus seinem Arbeitsalltag heraus weiss Patrick Marti nur zu gut, wie unterschiedlich Bedürfnisse sein können. Ausser der Bürgernähe stellt sich ihm auch die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Es entzieht sich seiner Kenntnis, wie der Kanton das bei etwas über 200'000 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bewerkstelligen will. Dies dürfte den Kanton noch vor eine Herausforderung stellen.

Marco Galantino: Der Mitte-Fraktion hat sich noch die Frage gestellt, ob anhand von Telefongesprächen ermittelt werden kann, wie viele Fälle dort eingehen, die es sonst nicht geben würde, ähnlich einem Reporting.

Michael Marti nimmt die Frage zur Klärung entgegen. Er weiss, dass anhand der Abschreibungen die zurückfliessen, sich eine Tendenz ableiten lässt. In einigen Fällen macht es mehr als eine 100-Prozent-Stelle aus.

Patrick Marti informiert, dass die Gemeinden bei Steuerabschreibungen deutlich intensiver dran sind als der Kanton, der bei Steuerabschreibungen eine grosszügigere Praxis anwendet.

Das ist sicher auch ein Teil der Evaluation. Wenn wir etwas mehr ausgeben, dafür aber deutlich mehr hereinholen. Patrick Marti ist gespannt auf die verschiedenen Lösungen. Diese werden dann geprüft und mit differenzierten Aussagen und klaren Grundlagen dem Gemeinderat vorgelegt.

Auf die Frage von **Noe Loosli**, ob die Auslagerung an den Kanton einst Vorschrift werden könnte, wird von **Michael Marti** mit Verweis auf die Gemeindehoheit beantwortet. Der Kanton kann nicht einfach verfügen und die Gemeindehoheit beschränken.

Der Gemeinderat nimmt das Informationstraktandum zur Kenntnis.

://:

Beschluss Nr. 58 - Wiedererwägung Pikettentschädigung

AUSGANGSLAGE

Mit Beschluss Nr. 540 – Pikettentschädigungen, hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 7. Mai 2020 den Anträgen der Arbeitsgruppe Pikettentschädigung Folge geleistet und die Pikettentschädigung einheitlich geregelt.

Die Werkkommission hat an ihrer Sitzung vom 29. Juni 2021 einen Wiedererwägungsantrag gestellt. Dies aufgrund der Tatsache, dass die Entschädigungen mit der neuen Regelung für die Betroffenen deutlich tiefer ausgefallen waren.

Die Arbeitsgruppe Pikettentschädigung (Peter Baumann, Patricia Häberli, Michael Marti und Patrick Marti) hat ihre Arbeit wieder aufgenommen und den Wiedererwägungsantrag behandelt und die gesamte Thematik analysiert und aktualisiert.

ERWÄGUNGEN

Die tieferen Entschädigungen rühren daher, dass einerseits die Pikettentschädigungen nach unten reduziert wurden und die Arbeitszeit bei den Einsätzen durch die Pikettleistenden weder rapportiert noch geltend gemacht wurden, obwohl dies explizit als Leistung geltend gemacht werden muss, gemäss Arbeitsgesetz, inkl. den darin definierten Zuschlägen (Wochenende, Nacht, Feiertage,...).

Die Werkkommission stützt sich bei ihren Überlegungen in Bezug auf den Wiedererwägungsantrag ausschliesslich auf den Ansatz der Elektrizitäts- und Wasserversorgung Derendingen (EWD) welche den Pikettansatz auf CHF 550.-- / Woche angehoben hat (vorher CHF 350.-- / Woche). Inkraftsetzung 1.1.2021.

Die AG Pikettentschädigung hat die Situation breiter analysiert und den Benchmark miteinbezogen. Dabei wurde festgestellt, dass die EWD die mit Abstand höchste Entschädigung leistet und mit dieser weit entfernt von allen anderen Pikettdienstleistern ist.

Bei einer konsequenten Erfassung und Rapportierung der Einsatzzeit mit den heute festgelegten Ansätzen und der korrekten Berechnung der Pikettwochenstunden (126 statt wie bisher 118), ist der Besitzstand gewahrt. Die Differenz vom alten zum neuen System ist zu vernachlässigen und wird sich, bei wenigen Einsätzen sogar zu Gunsten der Pikettleistenden auswirken. Ein Vergleich wird nach einem Jahr erhoben.

Aus diesem Grund sieht die AG Pikettentschädigung keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Anträge der AG Pikettentschädigung wurden einstimmig gefasst.

AUSWIRKUNGEN

Einsätze werden nach effektivem Aufwand vergütet und es können dabei, je nach Höhe der Einsatzzeit, Mehrkosten entstehen. Diese sind jedoch variabel, nach der Anzahl Vorfälle welche einen Einsatz nötig machen und können nicht quantifiziert werden, da die effektiven Einsätze weder erfasst noch rapportiert wurden.

ANTRAG

1. Der Gemeinderat lehnt den Wiedererwägungsantrag der Werkkommission ab.
2. Der Gemeinderat nimmt die Analyse und die Überlegungen der AG Pikettenschädigungen zur Kenntnis.
3. Der Gemeinderat hält an der Pikettenschädigung von CHF 3.-- fest und bestätigt seinen Entscheid vom 7. Mai 2020
4. Die Pikettleistenden werden verpflichtet, ihre Einsätze zu rapportieren und geltend zu machen. Bei Angestellten der Einwohnergemeinde Zuchwil erfolgt dies in der Regel über Zeitgutschriften (inkl. gesetzlichen Zuschlägen). Bei externem Personal wird die rapportierte Zeit, (inkl. gesetzlichen Zuschlägen) in der Lohnklasse und der höchsten Erfahrungsstufe (aktuell LK 16, Erfa 16) der verwaltungsinternen Angestellten, welche diesen Pikettdienst leisten, entschädigt.
5. Weitere Entschädigungen sind ausgeschlossen.
6. Ein Controlling wird nach dem ersten abgeschlossenen Jahr erstellt und ein Vergleich aufgrund des Systemwechsels gemacht.

DETAILBERATUNG

Patrick Marti verweist auf den vorliegenden, im Detail geschilderten Sachverhalt.

Philippe Weyeneth: Der FDP-Fraktion stellen sich die folgenden Fragen: Wie werden die intern Betroffenen (Angestellten) für den Pikettdienst entschädigt? Wie die externen Betroffenen? Wurden mit den Betroffenen die Deals besprochen?

Patrick Marti erläutert ausführlich den Mecano. Das Hauptproblem liegt darin, dass der seinerzeit gefasste Beschluss nicht kommuniziert und umgesetzt wurde. Das hat dazu geführt, dass die betroffenen Personen nach dem alten System die Arbeitszeit nicht erhoben haben und dementsprechend nur noch die Pikettenschädigung hatten, was zu einer deutlichen Verschlechterung geführt hat.

Patrick Marti hat die Thematik eingehend und mehrfach mit dem Verantwortlichen und direkt betroffenen Peter Habegger, Bereichsleiter Technik diskutiert. Es ist eine wichtige, verantwortungsvolle Aufgabe, die honoriert werden soll. Wenn wir den Benchmark anschauen, bewegen wir uns zwischen CHF 300 und CHF 400. Einzig die Gemeinde Derendingen entschädigt mit CHF 550. Peter Habegger hat das mit allen Betroffenen besprochen. Für sie ist die vorliegend beantragte Lösung stimmig. Wichtig ist, dass die Regelung konsequent umgesetzt wird. Wenn der Gemeinderat dem vorliegenden Antrag zustimmt, soll im Januar 2023 eine Auswertung gemacht werden.

Patrick Marti stellt die sechs Antragspunkte in globo zur Diskussion.

Beschluss; einstimmig

Der Gemeinderat lehnt den Wiedererwägungsantrag der Werkkommission ab und nimmt die Analyse und die Überlegungen der AG Pikettentschädigungen zur Kenntnis.

Der Gemeinderat hält an der Pikettentschädigung von CHF 3.-- fest und bestätigt seinen Entscheid vom 7. Mai 2020

Die Pikettleistenden werden verpflichtet, ihre Einsätze zu rapportieren und geltend zu machen. Bei Angestellten der Einwohnergemeinde Zuchwil erfolgt dies in der Regel über Zeitgutschriften (inkl. gesetzlichen Zuschlägen). Bei externem Personal wird die rapportierte Zeit, (inkl. gesetzlichen Zuschlägen) in der Lohnklasse und der höchsten Erfahrungsstufe (aktuell LK 16, Erf 16) der verwaltungsinternen Angestellten, welche diesen Pikettdienst leisten, entschädigt.

Weitere Entschädigungen sind ausgeschlossen.

Ein Controlling wird nach dem ersten abgeschlossenen Jahr erstellt und ein Vergleich aufgrund des Systemwechsels gemacht.

Legislaturziele 2021-2025

Patrick Marti: Mit Protokollauszug vom 9. November 2021 wurden die Fraktionen eingeladen, bis 31. Oktober 2021 Rückmeldungen zum Vorgehen bei der Erarbeitung der Legislaturziele 2021-2025 zu geben. Patrick Marti fasst die eingegangenen Feedbacks der Fraktionen FDP, SP, Mitte und SVP folgt zusammen:

Die Durchführung eines Workshops wird von allen Fraktionen als sinnvoll erachtet. ://:

Unterschiedlich ausgefallen sind die Meinungen, ob der Workshop mit externer Moderation durchgeführt werden soll oder nicht. Den Vorteil einer externen Moderation sieht Patrick Marti darin, dass er sich als Gemeindepräsident aber auch alle anderen Gemeinderatsmitglieder auf die fachliche Diskussion einlassen können. Eine externe Moderation durch jemanden, der politisch und/oder persönlich nicht vom Thema betroffen ist, kann durchaus sinnvoll sein.

Im Gemeinderat wird abgewogen, ob ein allfälliger Workshop an einem einzigen, ganzen Tag oder an zwei halben Tagen durchgeführt werden soll und wie die Teilnehmerkreise aussehen sollen.

Auf Nachfrage von Patrick Marti hin, hat Benjamin Studer keine Ergänzungen zu den Inputs der Fraktionen und den Ausführungen von Patrick Marti.

Marco Galantino: Die Mitte-Fraktion ist offen für eine interne oder externe interne Moderation. Allerdings soll es nicht mehr die Agentur vom letzten Mal sein. Wichtig scheint der Mitte-Fraktion, dass wenn von externer Stelle, es jemand ist, der oder die die Strukturen kennt.

Philippe Weyeneth: Die FDP-Fraktion begrüsst das Format eines World-Cafés. Den Lead zum Starten könnte durch Patrick Marti erfolgen. Die Moderation an den einzelnen Tischen sollte durch

unabhängige Personen übernommen werden, die mit dem Ort verbunden sind und einen nahen Bezug haben, zum Beispiel durch ehemalige Gemeindepräsidenten.

Regine Unold Jäggi: Die SP-Fraktion unterstützt den Vorschlag eines World-Cafés. Im Zusammenhang mit der Moderation ist uns noch Michael Hug in den Sinn gekommen. Er hat den Workshop mit dem Sportzentrum sehr gut moderiert.

Tamara Mühlemann Vescovi: Ich verstehe den Sinn, wenn man jemanden aus Zuchwil nimmt, der oder die die Strukturen kennt. Gleichzeitig setze ich auch ein Fragezeichen dahinter, ob man ehemalige Gemeindepräsidenten für die Moderation nehmen will. Mich dünkt, dass es ein Abwägen von den Vor- und Nachteilen ist. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn man eine Moderatorin/einen Moderator nimmt, die/der Gemeindestrukturen kennt, aber nicht zu stark mit Zuchwil verbunden ist. Eine Aussensicht zu bekommen, könnte wertvoll und interessant sein.

Patrick Marti skizziert mögliche Formate und Moderationstechniken. Ein World-Café kann unterschiedlich durchgeführt werden. Die Basis wird sein, dass die von den Parteien eingehenden Legislaturziele, angelehnt an das Leitbild mit seinen fünf übergeordneten Themenschwerpunkten strukturiert werden. An den Thementischen könnten die heterogen zusammengesetzten Gruppen 4 bis 5 Kernpunkte definieren. Aus Legislaturzielen kann u.U. auch eine Strategie hervorgehen. Aus Sicht von Patrick Marti kann ein World-Café durchaus auch von einer Einzelperson geleitet werden kann. Patrick Marti ist überzeugt, von der Moderation und Führungskompetenz von Michael Hug.

Philippe Weyeneth meint, dass man jemanden Jungen beiziehen sollte. Stichwort: Digitalisierung. **Eva Marie Fischli-Hug** erwähnt, dass die SP-Fraktion die Sicht von externer Seite begrüsst und überzeugt ist, von Michael Hug ein gutes Endprodukt zu bekommen.

Im Gemeinderat werden folgende Termine und Teilnehmerkreise festgelegt:

Montag, 21. Februar 2022, 17.00 bis 21.00 Uhr, im Lindensaal. Noe Loosli (ab ca. 19.00 Uhr).
OM, EM und Kommissionspräsidien, je nach Verfügbarkeit.

Mittwoch, 23. März 2022, 17.30 bis 21.30 Uhr OM, EM, Kommissionspräsidien und Abteilungsleitenden, je nach Verfügbarkeit.

Patrick Marti wird mit Michael Hug Kontakt aufnehmen und im Sinne eines World-Cafés die Themen bündeln. Er wird den Gemeinderat auf dem Laufenden halten. ://:

Anhand der vorliegenden Dokumente führt Patrick Marti in das Geschäft ein.

Noe Loosli würde eine Änderung von der Objekt- hin zur Subjektfinanzierung sehr begrüßen. Die Umsetzung würde die Integration zusätzliche fördern, und zwar nicht ausschliesslich jene der Kinder selber, sondern der gesamten Bevölkerung.

Noe Loosli fragt, ob die heute schon entrichteten Familiengelder bei einem Systemwechsel wegfallen würden?

Patrick Marti erläutert das heutige System. Wir haben im KIJUZU Tarife, die von der Höhe des Familieneinkommens abhängig sind. Solange es Platz hat, kann jede Familie das Angebot in Anspruch nehmen. Mit der Pauschale können wir die Leistung des KIJUZU abgelden. Zurzeit subventioniert die Gemeinde den Platz mit ca. CHF 9'000. Bei einem Wechsel würden Betreuungsgutscheine abgegeben werden.

Noe Loosli fragt, wieviel das für die betroffenen Familien frankenmässig ausmachen würde?

Patrick Marti: Das hängt von der Verordnung ab. Wie stufen wir die einkommensabhängigen Beiträge ab. Wie subventionieren wir sie und welche Einkommen subventionieren wir wie stark.

Melanie Racine fragt, inwiefern das jetzt die Leistungsvereinbarung mit dem KIJUZU betreffen würde? **Patrick Marti:** Der radikalste Weg wäre, wenn die Person mit dem ebenfalls einkommensabhängigen Betreuungsgutschein ihre Leistung auf dem Markt abrufen. Die Einwohnergemeinde hätte keine Leistungsvereinbarung mehr mit dem KIJUZU, sondern individuell mit jenen Personen, die das Recht in Anspruch nehmen.

Marco Galantino: Der Mitte-Fraktion hat sich dieselbe Frage gestellt. Wäre es allenfalls ein Auftrag an die Arbeitsgruppe «Leistungsvereinbarung KIJUZU», dies auf die Vor- und Nachteile und Auswirkungen zu prüfen.

Patrick Marti informiert über das gemeinsame Gespräch mit Stephan Hug und Fredy Nussbaum. Das System Zuchwil ist nicht einfach eine familienergänzende Betreuung. Das hat damit zu tun, dass das DAZ drin enthalten ist. Das ist ein verzahntes System, was manchmal ein grosser Vorteil, manchmal ein grosser Nachteil sein kann. Das ist immer so, wenn verschiedene Institutionen nah beieinander sind. Wir haben ein Bekenntnis abgegeben, dass wir das System Zuchwil durch eine Investition an einem zweiten Standort stärken wollen. Das vorliegende System kann das bisherige unter Umständen kanibalisieren. Potentiell ist es möglich, dass das Angebot des KIJUZUs zu gross ist, weil man frei wählen kann. Es könnte aber auch sein, dass die Angebote relativ üppig werden, aber nie in dieser Zusammenarbeit und Nähe wie unser Zuchwiler-Erfolgsmodell. Das KIJUZU leistet einen enormen Betrag an die Integration. Wir haben eine neue Schulsozialarbeiterin, eine Integrationsbeauftragte, die beide sehr eng mit dem KIJUZU verbunden sind. Das ist verzahnt und auch eine Triagierstelle.

Das andere was passieren kann, ist, dass die Nachfrage sehr, sehr viel grösser wird. Aber es gibt keine Gemeinde, die ein ähnlich grosses Angebot hat wie Zuchwil. Wir erhöhen jetzt von 48

respektive 58 auf 72 Plätze. Und wir sind nachher ein bisschen an den Punkt gekommen, wo wir gesagt haben, wir müssen die Augen offenhalten, ein Monitoring machen.

Unsere Struktur verhebt und hat sich bewährt. Zuchwil hat ein adaptiertes System, auch auf die Bevölkerungsstruktur. Mit der Erweiterung macht Zuchwil einmal mehr einen grossen Schritt nach vorn. Im KIJUJU werden zwischen 300 und 400 Kinder betreut und begleitet, was fast die Hälfte aller Schulkinder ausmacht. 35% bis 50% haben Kontakt zum KIJUJU, Tendenz steigend. Die Schule wächst nicht überproportional, sondern das KIJUJU wächst stärker.

Patrick Marti vernimmt aus der Mitte des Rates nicht, dass das vorliegende System schnellstmöglich umgesetzt werden soll. ://:

Benjamin Studer: Grundsätzlich finde ich die Idee gut, dass man wegkommt von der Objektfinanzierung hin zur Subjektfinanzierung und den Familien einen Gutschein abgibt, den sie freiwillig einlösen können. Aber in unserer Situation, speziell mit dem KIJUJU in Zuchwil, müssen wir uns die Thematik sorgfältig überlegen.

Patrick Marti dankt Urs Byland für seine jeweiligen Berichterstattungen, wünscht ihm schöne Festtage und eine gutes Jahr 2022.

20.20 Uhr Urs Byland verlässt den Sitzungssaal

Patrick Marti dankt den Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für das engagierte Mitarbeiten. Die angenehme Zusammenarbeit in guter Atmosphäre erlebt er als zielführend. Er dankt für die Beiträge und Inputs, die er zwischendurch per E-Mail oder telefonisch erhält. Er wünscht allen schöne Festtage und für das neue Jahr viel Gfreuts und beste Gesundheit!